

# Schönburger Tageblatt

## und Waldenburger Anzeiger.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.  
Ausnahme von Inseraten für die nächstfolgende Nummer bis Vormittags 11 Uhr.  
Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 1 Mk. 60 Pf., monatlich 55 Pf.  
Eingeliefern 10 Pf. Inserate pro Zeile 10 Pf., für auswärts 15 Pf.

Filialen: in Altstadtwaldenburg bei Herrn Otto Förster; in Callenberg bei Herrn. Strumpfwirker Fr. Herrn. Richter; in Kaufungen bei Herrn Fr. Janaschek; in Langenschursdorf bei Herrn S. Stiegler; in Penig bei Herrn Wilhelm Dabber; in Wollenburg bei Herrn Herrn. Wildenhain; in Ziegelheim bei Herrn Eduard Kirßen.

Fernsprecher Nr. 9.

Amtsblatt für das Königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Waldenburg.

Zugleich weit verbreitet in den Städten Penig, Lunzenau, Lichtenstein-Callenberg und in den Ortschaften der nachstehenden Standesamtsbezirke: Altstadt-Waldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, Ehrenhain, Frohnsdorf, Falken, Grumbach, Kaufungen, Langenschursdorf, Langenleuba-Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Niederwiera, Oberwiera, Oberwinkel, Delsnitz i. E., Reichenbach, Kemse, Schlagwitz, Schwaben, Wollenburg und Ziegelheim.

Nr. 278.

Sonntag, den 29. November

1908.

Barometerstand 769 mm reduziert auf den Meerespiegel. Thermometerstand + 7° C. (Morgens 8 Uhr + 4° C. Tiefste Nachttemperatur + 4° C.) Feuchtigkeitsgehalt der Luft nach Lambrechts Polymeter 77%. Taupunkt + 3° C. Windrichtung: West. Niederschlagsmenge in den letzten 24 Stunden bis früh 7 Uhr: 0,1 mm. Daher Witterungsaussichten für den 29. November: Halbheiteres Wetter.

Waldenburg, 28. November 1908.

In der ersten Dezemberwoche will der Deutsche Reichstag noch einmal die Frage des „persönlichen Regiments“ aufrollen; die Antwort des Kaisers an den Fürsten Bülow in Potsdam soll erörtert werden und damit zugleich die Gewährung von Garantien, daß künftig keine neuen inneren Zwischenfälle Platz greifen werden. Es ist dazu schon mitgeteilt, daß die verbündeten Regierungen die Krisis mit den Erklärungen des Kaisers als erledigt ansehen und davon absehen wollen, sich an diesen erneuten Debatten in der Volksvertretung zu beteiligen. Vielleicht wird aber doch auf beiden Seiten die Sache noch einmal reichlich überlegt und eine bestimmte Linie für die Aussprache festgestellt. Nur so kann wirklich Gedeihliches herauskommen, und eine abermalige Kanzlerkrise verhütet werden: Denn tritt im Reichstage eine abermalige Spaltung, die zu überwinden dem Fürsten Bülow nicht gelingt, ein, so wird er kaum große Reue haben, seinen Posten länger zu verwalten. Keiner Partei ist an einem Kanzlerwechsel heute etwas gelegen; also warum mit solcher Möglichkeit spielen? Fürst Bülow wird das Seinige tun, die Wiederholung kritischer Zwischenfälle zu verhüten, oder aber, kann er das nicht, gehen. Hieron darf der Reichstag überzeugt sein!

Die Garantien für eine ordnungsmäßige Gestaltung der Reichsgeschäfte liegen in der Verfassung, in der gemeinsamen Arbeit von Bundesrat und Reichstag. Was Beide nicht genehmigen, kann kein Kaiser und kein Kanzler durchsetzen. Beide Körperschaften brauchen also nur das ihnen verliehene, schon bestehende Recht durchzusetzen, das Rückgrat zu zeigen, das sie haben sollen. Im Reichstage trauen eine Anzahl Abgeordneter dem Bundesrat, als der Vertretung der deutschen Einzel-Regierungen, nicht das erforderliche Rückgrat zu; aber daß die Volksvertretung auch nicht unter allen Umständen eine wünschenswerte Steifnackigkeit besaß, hat kein Geringerer, als Fürst Bismarck, nach 1890 wiederholt gesagt. Das einfachste ist also, beide Teile bestehen in Zukunft auf ihrem Recht und vermeiden jede Unklarheit. Von der dunklen Ungewißheit zur hellen Rechtslage, das ist das einzig Nützliche und Notwendige!

Soll etwas Anderes geschehen, muß die Reichs-Verfassung geändert werden. Die Ernennung einer ganzen Anzahl von einzelnen verantwortlichen Reichsministern an Stelle des heute allein verantwortlichen Kanzlers ist, wie ja allgemein bekannt, durchaus nicht erst heute in Vorschlag gebracht; dieser Gedanke beschäftigte schon Bismarck bei der Ausarbeitung der Reichs-Verfassung. Aber er sah davon ab, eben weil die Zustimmung zu den Reichs-Angelegenheiten dann den Bundesstaaten aus den Händen hätte gleiten und vollständig an dies Reichs-Ministerium hätte übergehen können, das vielmehr vom Kaiser abhängig gewesen wäre, wie der Bundesrat es ist. Das deutsche Reich soll auch nur äußerlich ein Einheitsstaat sein, und da es bleiben soll, wie es ist, wird schwerlich für die meisterhafte Bismarcksche Verfassung eine noch vollendetere gefunden werden können.

Versuchen wir es also ernsthaft und mit allem Nachdruck nicht mit dem Buchstaben der Verfassung, sondern mit ihrem Geist. Der gibt klar und deutlich allen Teilen ihre Rechte und ihre Pflichten, da kann gar keine Verwirrung vorkommen, wenn keine Vertuschung beliebt wird. Auch in der Reichs-Verwaltung sind ernsthafte Kuren am Platze, sie geht dabei nicht zu Grunde, wenn einmal eine kritische Auseinandersetzung stattfindet. Das haben wir jetzt gesehen. Gegenseitiges Vertrauen ist aber notwendig. Ohne ein gewisses Vertrauen ist nirgendwo gedeihliches Schaffen möglich.

### Politische Mundschau.

#### Deutsches Reich.

Der Kaiser hat sich von seiner Erklärung bereits wieder soweit erholt, daß er am Freitag einige Stunden das Bett verlassen konnte.

Ein Teil der Presse kritisiert folgende Rede, die Prinz Oskar, der in Bonn studierende fünfte Kaiserjohn, bei dem Rektoratsessen gehalten haben soll: „Wir alle wissen, daß ernste Zeiten uns bevorstehen, und daher ist es unsere Pflicht als gute Patrioten, fest in die Zukunft zu schauen. Gerade die Unversitätslehrer, die den schönen und verantwortungsvollen Beruf haben, die akademische Jugend heranzubilden, können in dieser Richtung unendlich viel Gutes wirken. Und wenn jeder in diesem Sinne arbeitet und treu zu Kaiser und Reich steht, dann wird, wie Zieten einst sagte, der Alliierte droben im Himmel uns nicht verlassen.“

Der Seniorenkongress des Reichstags beraumte die Beratung der verfassungsrechtlichen Anträge auf den Mittwoch der neuen Woche an. Sämtliche Parteien nehmen in vertraulichen Fraktionsitzungen Stellung zu den Anträgen.

Zu den Anträgen über den Ausbau der Reichskanzler-Verantwortlichkeit und die Einführung verantwortlicher Reichsminister hat die nationalliberale Reichstagsfraktion Stellung genommen. Sie hat in der Sache einstimmige Beschlüsse gefaßt, die der Abgeordnete Zuntz in der bevorstehenden Reichstagsitzung mitteilen und begründen wird. Ueber den Inhalt der Beschlüsse ist noch nichts bekannt, doch ist vorauszusetzen, daß er sich auf einer mittleren Linie bewegen wird. Das Zentrum läßt durch seine Presse erklären, daß es auf ein Gesetz über die Kanzler-Verantwortlichkeit das denkbar größte Gewicht lege und in der betreffenden Reichstagsverhandlung das seinige tun werde, um ein solches Gesetz zustande zu bringen. Gleichzeitig werde das Zentrum aber auch dahin mitwirken, daß die Beratung einen würdigen Verlauf nehme, und daß die Person des Kaisers geschont werde.

Aus dem Reichsetat veröffentlicht die „Nordd. Allg. Ztg.“ Mitteilungen über den Militär- und den Kolonialetat. Im Militäretat betragen die fortdauernden Ausgaben des ordentlichen Etats 528,591,438 (+ 5,335,205) Mk.; die einmaligen Ausgaben 74,842,609 (- 20,514,661) Mk.; im außerordentlichen Etat werden 34,260,200 (- 5,743,100) Mk., davon zum Ausbau der Landesbefestigungen 26,7 Millionen verlangt. Seit Einführung der zweijährigen Dienstzeit bei den Fußtruppen mehrten sich die Klagen, daß den Truppen durch Abkommandierung von Unteroffizieren, insbesondere für Zwecke der Verwaltung, das Ausbildungspersonal in einer Weise beschränkt wird, daß der Dienst auf die Dauer darunter leidet. Abhilfe soll durch Einschränkung der Zahl der kommandierten Hilfsarbeiter des Unteroffiziersstandes und durch Entlassung der dauernd erforderlichen Hilfskräfte geschaffen werden. In einer besonderen Denkschrift wird über die 1908 begonnenen Versuche zur Einbürgerung von Lastautomobilen berichtet. Private, die Automobile für ihren eigenen wirtschaftlichen Betrieb, gleichzeitig aber auch so herstellen, daß sie den kriegsgemäßen Anforderungen entsprechen, und die sich verpflichten, im Bedarfsfalle ihre Kraftfahrzeuge sofort zur Verfügung zu stellen, erhalten entsprechende Subventionen. An der dreijährigen Dienstzeit für die Kavallerie und reitende Artillerie muß im Interesse der Kriegstüchtigkeit dieser beiden Waffengattungen festgehalten werden. Das ist das Ergebnis der erneuten Prüfungen, die die Heeresverwaltung infolge der vom Reichstage beschlossenen Resolutionen veranstaltet hat. Der Kolonialetat schließt im Ordinarium und Extraordinarium in Einnahme und Ausgabe mit 99,107,509 (- 25,166,442) Mk. Von dem mit 68,792,509 (- 9,356,442) Mk. schließenden Ordinarium entfallen auf Ostafrika 13,978,637 (+ 2,465,387) Mk., der Reichszuschuß beträgt 3,548,804 (- 903,987) Mk.; auf Kamerun 7,208,366 (+ 598,127) Mk., der Reichszuschuß beträgt 2,292,107 (- 488,032) Mk.; auf Togo 2,334,490 (+ 115,930) Mk., der Reichszuschuß für Togo, das als einziges deutsches Schutzgebiet eines solchen bisher nicht bedurfte, beträgt 90,000 Mk. Dafür bedürfen diesmal die Karolinen, Palau, Marianens- und Marshallinseln, sowie Samoa keines Reichszuschusses. Auf Südwestafrika entfallen

27,630,240 (- 15,924,318) Mk., der Reichszuschuß beträgt 18,595,338 (- 19,471,134) Mk.; auf Neuguinea 1,808,835 (+ 285,366) Mk., der Reichszuschuß beträgt 1,064,835 (- 76,734) Mk.; auf die Karolinen z. 609,458 (+ 50,918) Mk., kein Reichszuschuß; auf Samoa 763,530 (+ 58,948) Mk., kein Reichszuschuß; auf Kiautschou 12,352,597 Mk. (+ 886,844 Mk.), der Reichszuschuß 8,788,800 (- 952,953) Mk. Im außerordentlichen Etat betragen Einnahmen und Ausgaben für Ostafrika, Kamerun, Togo und Südwestafrika zusammen 30,315,000 (- 13,810,000) Mk. Der Reichszuschuß für sämtliche Kolonien weist mit 34,408,084 Mk. gegen das Vorjahr ein Minus von 14,130,691 Mk. auf.

#### Oesterreich-Ungarn.

Die italienischen Kundgebungen in Oesterreich dauern einstreifen noch an, aber mit der Zeit werden sich die Schreier, die jetzt auch Theater zu Demonstrationen gewählt haben, wieder beruhigen. Auf die Dauer freilich nicht, denn die Agitation zwecks Erlangung einer oder mehrerer italienischer Universitäten in Oesterreich wird nicht erlahmen. Diese Forderung wird auch von den italienischen Blättern unterstützt, die die österreichfeindlichen Kundgebungen in Italien und namentlich vor der österreichischen Botschaft in Rom verurteilen. Daß die Vorgänge einen Widerhall in der neu zusammengetretenen italienischen Abgeordnetenkammer finden, ist selbstverständlich.

Eine friedliche Aeußerung zur Balkankrise ist die des türkischen Geschäftsträgers in Wien, der zu einem Mitarbeiter der „Neuen Freien Presse“ sagte: Meine Regierung will alles, was auf legalem Wege möglich ist, zur Milderung des Boykotts tun. Ich glaube nicht, daß der österreichische Botschafter aus Konstantinopel abreisen wird, und ich weiß auch, daß die maßgebenden türkischen Kreise Serbien und Montenegro den Rat gegeben haben, klug und maßvoll zu bleiben und sich ruhig zu verhalten. Ueber die Konferenzfrage sollten sich Oesterreich und die Türkei einigen. In der Frage der Serbien und Montenegro zu gewährenden Kompensationen gebe es zwischen der türkischen Regierung und Oesterreich keinen Gegensatz.

#### Frankreich.

Die jüngste Kammerverhandlung, in der das Gehalt des Ministers des Auswärtigen bewilligt wurde, war nicht nur wegen der Erklärungen des Ministers über die Balkanvorgänge bedeutsam, sondern bot auch sonst des Interessanten noch mancherlei. So erregte namentlich die Bemerkung des äußersten Linken angehörigen Abgeordneten Deschanel Aufsehen, daß das russisch-französische Bündnis auf der Grundlage des territorialen status quo, d. h. auf der endgültigen Anerkennung des Frankfurter Friedens, gegründet worden sei. Ob diese Angabe zutrifft, für die sich der Redner auf eine ihm von einem früheren Minister des Auswärtigen gemachte Mitteilung berief, muß dahin gestellt bleiben; Tatsache ist aber, daß sein Verlangen, Frankreich solle sich zu Deutschland ebenso freundlich stellen, wie es sich zu England gestellt habe, um ein zweites Sedan zu vermeiden, einen Entrüstungsturm hervorrief.

Die Pariser Blätter, „Libre Parole“ voran, treten jetzt mit allem Herbor, was über die Umstände des plötzlichen Todes Faures bisher nur in Andeutungen bekannt geworden war. Den Giftbecher hätte die verführerisch schöne Frau Steinheil dem Staatschef gereicht und niemand habe gewagt, die Frevlerin zur Rechenschaft zu ziehen.

#### Rußland.

Die Reichsduma wird demnächst über die Balkankrise verhandeln. Die Regierung hat sich nunmehr entschlossen, daß der Minister des Auswärtigen Izwolski in der Duma dazu sprechen darf. Ueber die neue russische Anleihe verlautet, trotzdem die Vorlage „geheim“ behandelt werden soll: 300 Mill. Rubel sollen zur Deckung der kurzen Schuldscheine dienen, deren Termin im Februar 1909 abläuft, 150 Mill. zur Deckung des Defizits bei den außerordentlichen Ausgaben, der Rest zur Begleichung der Kursdifferenz bei der Begebung.